

Soziales Wirtschaften in Bern

Wirtschaftspapier der SP Stadt Bern 2024

Inhaltverzeichnis

Inhalt

1	Zusammenfassung.....	3
2	Ausgangslage	3
2.1	Auftrag	3
2.2	Zweck des Papiers.....	3
2.3	Was ist Wirtschaft?	3
2.4	Grundsätze Sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.....	4
2.4.1	Gerechte Verteilung und Chancengleichheit.....	4
2.4.2	Verantwortungsvolles Wirtschaften.....	5
2.4.3	Ökologie.....	5
2.4.4	Digitale Transformation.....	5
3	Ansprüche an die Stadtberner Wirtschaft.....	6
3.1	Wirtschaft ist immer überregional	6
3.2	Hebel und Instrumente	6
3.3	Anspruch.....	6
4	Die Rollen der Stadt Bern	7
4.1	Die Stadt Bern als politische Institution	7
4.2	Die Stadt Bern als Wirtschaftssubjekt	7
5	Sektoren, Branchen und ihre Bedürfnisse.....	8
5.1	Industrie und Gewerbe	8
5.2	Handel und Logistik	8
5.3	Bauwirtschaft.....	8
5.4	Gastronomie und Tourismus.....	8
5.5	Kreativwirtschaft.....	8
5.6	Öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit und Infrastruktur.....	9
6	Unsere wirtschaftspolitischen Schwerpunkte	9
7	Anhang – Daten zur Berner Wirtschaft.....	10
8	Glossar	11

1 Zusammenfassung

Die AG Wirtschaft der SP Stadt Bern hat ein Positionspapier erarbeitet, das wirtschaftspolitische Ziele mit sozialen, ökologischen und gleichstellungspolitischen Anliegen verbindet. Es analysiert die Berner Wirtschaft und empfiehlt Massnahmen für einen ökosozialen Umbau, die Umstellung auf Kreislaufwirtschaft und soziale Innovation.

Das Papier soll alle SP-Akteur:innen in Bern informieren und leiten, mit Fokus auf Chancengleichheit, gerechte Verteilung, verantwortungsvolles Wirtschaften, Ökologie und digitale Transformation. Zentrale Massnahmen umfassen die Stärkung des Service public, soziale Sicherheit, das Bildungssystem und die Anerkennung von unbezahlter Care-Arbeit. Nachhaltiges Wirtschaften und die Demokratisierung der Wirtschaft werden gefördert, ebenso wie ressourcenschonende Mobilität und Dekarbonisierung.

Die Stadt Bern soll die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, um die Unternehmen bei der sozialökologischen Transformation zu unterstützen. Gefordert werden Löhne, die ein gutes Leben ermöglichen, Vereinbarkeit von Arbeit und Betreuung sowie soziale Verantwortung. Die Stadt soll in soziale und gemeinnützige Projekte investieren und nachhaltige Mobilität, sowie die Kreislaufwirtschaft fördern.

2 Ausgangslage

2.1 Auftrag

Die AG Wirtschaft erarbeitet – im Rahmen ihres Relaunchs – zuhanden der Geschäftsleitung und der Delegiertenversammlung der SP Stadt Bern ein zeitgemässes Positionspapier, das Möglichkeiten aufzeigt, wirtschaftspolitische Anliegen mit sozialpolitischen, ökologischen und gleichstellungspolitischen Forderungen zu verbinden.

Das Papier legt die Grundlagen der SP-Wirtschaftspolitik dar und gibt einen Einblick in die Struktur der Berner Wirtschaft. Aufgrund dieser Analysen zeigt es auf, in welchen Bereichen die Stadt aktiv werden kann, und sie ihre Aktivitäten fokussieren soll. Dabei sind insbesondere der ökosoziale Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft aber auch Ansätze wie Kreislaufwirtschaft und soziale Innovation einzubeziehen, da sie für den Wandel hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft und mehr Gleichstellung eine wichtige Rolle spielen. Das Papier zeigt aber auch auf, wie die SP die bestehenden wirtschaftlichen Aktivitäten unterstützen und in den Wandel einbeziehen kann.

2.2 Zweck des Papiers

Dieses Papier dient der Information und der Bildung. Für die städtische Ebene soll es für alle SP-Akteur:innen handlungsleitend sein. Wirtschaftliche Aktivitäten erstrecken sich auf verschiedene politische Ebenen, so dass eine Einbettung in grössere Zusammenhänge notwendig ist. Selbstverständlich müssen wir als SP der Stadt Bern in regionalen Zusammenhängen denken. Konkrete Vorstellungen an Anliegen können wir aber nur für das Gebiet unserer Zuständigkeit formulieren.

2.3 Was ist Wirtschaft?

«Für alle statt für wenige» - damit ist explizit auch die Wirtschaft gemeint. Doch was ist «die Wirtschaft»?

- Unter Wirtschaft verstehen wir hier alle privaten und öffentlichen Kräfte und Akteur:innen, die sich an der Produktion und an der Verteilung von Gütern und Dienstleistungen beteiligen. Dazu gehört die meist unbezahlte Haushalts- und Betreuungsarbeit.
- Wirtschaft ist keine naturgegebene Ordnung, sondern als eine von Menschen geschaffene Struktur grundsätzlich gestalt- und lenkbar.
- Der Kapitalismus ist das vorherrschende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, dessen Überwindung eine Notwendigkeit zur Sicherung unserer Zukunft und ein Ziel des Parteiprogramms der SP Schweiz ist, um eine gerechte Gesellschaft aufbauen zu können.¹

¹ «Sie hat immer eine Wirtschaftsordnung ins Auge gefasst, die über den Kapitalismus hinausgeht und diesen durch die Demokratisierung der Wirtschaft letztlich überwindet.» Parteiprogramm der SP Schweiz von 2010, Seite 15.

Unser Anspruch an ein wirtschaftliches System sind Chancengleichheit sowie die gerechte Verteilung der vorhandenen Ressourcen und Arbeiten.

Dieser Anspruch ist nicht neu, sondern tief in unserer DNA verankert. Sozialdemokratische Politik spielte eine Schlüsselrolle bei der Bändigung des aus der industriellen Revolution hervorgegangenen, rücksichtslosen Frühkapitalismus des 19. Jahrhunderts.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erkämpfte die Arbeiter:innenbewegung in Kontinentaleuropa einen relativ starken Sozialstaat, womit eine Periode unvergleichlichen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts begann. Dies allerdings unter anderem dank kolonialistischer Ausbeutung auf dem Rücken des globalen Südens.

Dieses Modell verlässlicher Sozialstaaten, ausgebauter Rechte von Arbeitnehmenden und starker Gewerkschaften geriet ab den 1970er Jahren unter Druck und wurde zunehmend in Frage gestellt. Ohne Rücksicht auf die Menschen und die Umwelt versucht der sogenannte Neoliberalismus seit damals den freien Markt und das individuelle Profitstreben in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft durchzusetzen und den Service public zurückzudrängen. Die schweizerische Sozialdemokratie stellte sich diesen Angriffen entgegen und entwickelte wirtschaftspolitische Gegenkonzepte. Daran arbeiten wir auch weiterhin.

2.4 Grundsätze Sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

«Für alle statt für wenige» - Was heisst das konkret?

Die SP entstand im 19. Jahrhundert aus dem Gegensatz von Kapital und (Lohn-)Arbeit. Sie vertrat – und vertritt noch heute – insbesondere die Position der arbeitenden Menschen gegenüber den Besitzenden. Viele Facetten dieses historischen Gegensatzes bestehen weiterhin, sind aber in der heutigen Gesellschaft komplexer und nicht widerspruchsfrei. Arbeit ist für viele Menschen weit über die Existenzsicherung hinaus ein zentraler Begriff. Soziale Verankerung, Entfaltung und Selbstverwirklichung im Rahmen der Arbeit sind wichtige Realitäten für einen sehr grossen Teil unserer Wähler:innen.

Wichtig für uns: Die Anliegen und Interessen der lohnabhängigen Beschäftigten in ihrer gesamten Diversität stehen im Mittelpunkt unseres politischen Selbstverständnisses. Und die Gewerkschaften, als Organisationen der Beschäftigten, sind unsere natürlichen Partner. Dabei bekämpfen wir alle mit dem Kapitalismus verbundenen Unterdrückungs- und Diskriminierungsformen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen müssen sich fundamental ändern, um die ökologischen und sozialen Probleme (Klimakrise, soziale Ungleichheit) bewältigen zu können. «Wirtschaft» ist auf den Achsen **«gerechte Verteilung & Chancengleichheit»**, **«verantwortungsvolles wirtschaftliches Handeln»** sowie **«Ökologie»** zu denken. Eine weitere Achse ist die **«digitale Transformation»**, der wir ein eigenes kurzes Kapitel widmen.

2.4.1 Gerechte Verteilung und Chancengleichheit

- Mit seinen Leistungen für alle ist der Service public ein wichtiger Träger des sozialen Fortschritts. Er ist aber auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und ein bedeutender Arbeitsplatz. Der Service public hat inklusiv zu sein. Die öffentlichen Dienstleistungen wie Infrastruktur, Schule, Sicherheit, Justiz etc. sind gegenüber Angriffen zu verteidigen. In den letzten Jahrzehnten vorgenommene Auslagerungen sind kritisch zu überprüfen und allenfalls rückgängig zu machen (zum Beispiel Spitäler).
- Die soziale Sicherheit sorgt für ein Leben in Würde und verhindert Elend. AHV, IV, Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe sind wichtige Säulen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie sind auch nicht zu unterschätzende Stützen des Konsums und daher auch volkswirtschaftlich von Bedeutung. Die Rolle der Sozialwerke muss gestärkt werden (zum Beispiel mit einem kürzlich beschlossenen Ausbau der AHV). Gleichzeitig braucht es existenzsichernde und flächendeckende Mindestlöhne.

- Das öffentliche Bildungssystem (inkl. Berufsbildung) zusammen mit staatlich geförderten Angeboten für Integration, Aus- und Weiterbildung gewährleistet eine hohe Qualität und muss Inklusion und Chancengleichheit sicherstellen, so dass die Bildung allen Menschen zugänglich und ihren Bedürfnissen angepasst ist.
- Die Rolle der Care-Arbeit, die weiterhin zu einem sehr grossen Teil von Frauen erbracht wird, ist inzwischen durch die feministische Bewegung sichtbar geworden, aber sie ist noch lange nicht konkret als Arbeit anerkannt. Es sind konkrete Massnahmen zu ergreifen, um diese nicht finanzierten Leistungen und Arbeiten besser unter den Geschlechtern zu verteilen. Auf städtischer Ebene muss die familienexterne Kinderbetreuung ausgebaut werden und die Tarife für die Eltern müssen deutlich sinken. Längerfristig sollen Kitaplätze genauso kostenlos zur Verfügung stehen wie die Volksschule. Aber auch Leistungen im Bereich der Pflege von Angehörigen sind besser anzuerkennen. Die SP strebt zudem eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn (bspw. die 4-Tage-Woche) an, die zur besseren Verteilung der Care-Arbeit beiträgt.

2.4.2 Verantwortungsvolles Wirtschaften

- Die demokratische Mitbestimmung in der Wirtschaft ist ein wichtiger Beitrag zur Überwindung des Kapitalismus. Die SP bringt diese Forderungen bei der Privatwirtschaft ein. Bei öffentlichen Unternehmen im Besitz der Stadt Bern (ewb, bernmobil, weitere) macht sie ihren Einfluss geltend, um Strukturen der Mitbestimmung der Beschäftigten einzuführen und zu verankern. Auch sind die Rechte der Mieter:innen von städtischen Liegenschaften im Sinne der Mitbestimmung zu stärken. Wir ergreifen als SP die notwendigen politischen Initiativen.
- In die Preisbildung sind externalisierte Kosten (z.B. Umweltschäden), die auf die Allgemeinheit überwältigt werden, einzubeziehen. Die Internalisierung führt zu umweltfreundlicherem Verhalten der Produzent:innen und Konsument:innen.
- Die Konkurrenz unter den Marktteilnehmer:innen erfolgt über die Innovation von Produkten und Prozessen und nicht über Dumping von Löhnen und Arbeitsbedingungen. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist zentral. Die Stadt Bern soll deshalb Modelle fördern, die dies ermöglichen, wie bspw. Genossenschaften, und die Mitsprache der Angestellten stärken. Dies wird bei öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigt.

2.4.3 Ökologie

- Kreislaufwirtschaft statt lineare Verbrauchsökonomie: Wir können uns aus ökologischen Gründen die aktuelle Form der Produktion und des Konsums langfristig nicht leisten. Wir müssen zu geschlossenen Systemen finden, die die Ressourcen und die Umwelt schonen. Diese zirkuläre Transformation zu befördern, wird aber nur dann möglich sein, wenn sich unternehmerische Eigeninitiative, staatliche Vorgaben und Förderprogramme sowie erfolgsversprechende zirkuläre Geschäftsmodelle gegenseitig befruchten und verstärken.
- Stadt der kurzen Wege: Die Mobilität ist ein entscheidendes Merkmal der aktuellen Wirtschaftsverhältnisse. Sie ermöglicht eine betriebswirtschaftlich effiziente Produktion, Distribution und Vernetzung, produziert aber auch erhebliche externe Kosten und ist für einen beträchtlichen Verbrauch von Rohstoffen und Energieträgern verantwortlich. Wir müssen neue ressourcenschonende Formen der Mobilität entwickeln, um die ökonomischen Vorteile ohne ökologische und soziale Nachteile zu behalten. Kompakte und nutzungsdurchmischte Siedlungen in einem städtischen Umfeld sind eine gute Voraussetzung, um hier Fortschritte zu erzielen.
- Dekarbonisierung der Wirtschaft: Die Stadt muss ihre Energieversorgung auf erneuerbare Energien umstellen. Damit schützen wir das Klima und machen uns unabhängiger von autoritären Regimen. Hier sind auch die Unternehmen und die Industrie gefragt, diese Umstellung voranzutreiben.

2.4.4 Digitale Transformation

- Neue, durch die digitale Transformation ermöglichte Formen der Arbeit, sind eine Chance, dürfen allerdings nicht zu Ausbeutung und Selbstausbeutung führen. Die Fürsorgepflicht der Arbeitgeber gilt auch im digitalen Zeitalter. Schutzstandards sind zu definieren. Es sind Mittel

und Wege zu finden, um auch im digitalen Zeitalter Arbeitsrechte, Gesundheits- und Datenschutz zu gewährleisten.

- Digitale Plattformen wie Uber und Uber Eats dürfen nicht dazu beitragen, Angestellte in die Scheinselbstständigkeit zu treiben. Arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Verpflichtungen gelten auch im digitalen Raum.
- Datenschutz, Datenhoheit und Datensparsamkeit bei Angeboten der Stadt: Die Stadt Bern und ihre Körperschaften verpflichten sich zu einem modernen Datenschutz, der der Hoheit der Personen auf ihre Daten einen grossen Stellenwert beimisst.
- Freie Software & Mono/Oligopole im Digitalen: Wo immer möglich, sinnvoll und verhältnismässig berücksichtigt die Stadt bei der Software-Beschaffung Angebote auf der Basis von Projekten, die als freie Software lizenziert sind und lizenziert auch Software, die in ihrem Auftrag entwickelt wird, als solche.

3 Ansprüche an die Stadtberner Wirtschaft

Grundsatzpositionen dürfen im politischen Alltag und bei der Suche nach konkreten Lösungen nicht vergessen werden. Auch im Verhandlungsprozess mit der Wirtschaft ist es wichtig, diese Positionen konsequent zu vertreten, um zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln.

Die Berner Wirtschaft ist vielfältig. Sie setzt sich aus sehr vielen Akteur:innen zusammen, die unterschiedliche Anliegen und Interessen vertreten.

3.1 Wirtschaft ist immer überregional

Wirtschaftsbeziehungen spielen sich auf verschiedenen Ebenen ab und werden auf verschiedenen Ebenen strukturiert und geregelt. Der Deckungsbereich mit den politischen Strukturen ist oftmals nicht gegeben. Für ein Berner Wirtschaftspapier müsste man daher die ganze Region einbinden und auf regionale Kreisläufe hinarbeiten. Allerdings machen die Gemeindegrenzen eine kohärente Politik über politische Grenzen hinweg schwierig. Vor diesem Hintergrund konzentriert sich ein städtisches Papier auf städtische Belange und denkt die Region mit, soweit dies möglich ist. Kooperation über die Gemeindegrenze ist selbstverständlich sinnvoll. Gleichzeitig strahlen städtische Massnahmen auf die Region aus und umgekehrt.

3.2 Hebel und Instrumente

Die Eckwerte für die wirtschaftliche Tätigkeit werden auf unterschiedlichen Ebenen festgelegt. Internationale Vereinbarungen, Bundesverfassung und Gesetze stecken den Rahmen ab. Auch kantonale Vorgaben wirken sich auf die Wirtschaft aus. Wir konzentrieren uns in diesem Papier auf die Bereiche, die die Stadt Bern selbstständig steuern kann. Dazu gehört auch der Anspruch, dass die Stadt – im Verbund mit gemeinnützigen Wohnbauproduzenten:innen – den Liegenschaftsmarkt und die Wohnbauproduktion aktiv mitgestaltet. Gegen Tätigkeiten von Akteur:innen, die den Liegenschaftsmarkt spekulativ missbrauchen, geht sie via Baureglementen vor (z.B. Airbnb).

Folgende Instrumente stehen uns zur Verfügung:

- Die städtische Grundordnung: Sie legt fest, welche Bereiche des Stadtgebiets für welche Tätigkeiten zugelassen sind. Sie entscheidet mit Zonenplanungen über die Standorte, die für wirtschaftliche Aktivitäten verfügbar sind. Veränderungen bedürfen einer Volksabstimmung.
- Erlasse und Reglemente: Sie legen für gewisse Bereiche den Spielraum fest. Ihr Spielraum in wirtschaftlichen Angelegenheiten ist begrenzt. Es gibt ein Marktreglement und ein Taxireglement.
- Absichtserklärungen: Sie sind politisch formuliert in Planungen des Gemeinderats oder bestimmten Amtsstellen.

3.3 Anspruch

Alle Akteure der Wirtschaft finden in der Stadt Bern Bedingungen vor, die sie in ihrer Entwicklung fördern: Der rechtliche Rahmen ist klar, die Ansprechpersonen sind bekannt, die Verfahren sind planbar und die Kosten sind verhältnismässig.

Insofern erwarten wir, dass sich sowohl die traditionellen Unternehmen als auch die Unternehmen der digitalen Transformation ihren Fähigkeiten entsprechend am ökosozialen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft beteiligen.

Die Stadt unterstützt sie bei diesen Bemühungen und fördert Innovation.

Zu den Forderungen an die Wirtschaft allgemein:

- Mindestlöhne, Lohnentwicklung, Abdeckung durch Gesamtarbeitsverträge (GAV): Die Unternehmen halten die Sozialpartnerschaft hoch, arbeiten mit den Gewerkschaften zusammen und arbeiten einen Gesamtarbeitsvertrag mit diesen aus. Dazu gehören auch existenzsichernde Löhne, die die Kaufkraft sichern und die Produktivitätsgewinne abbilden.
- Bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Betreuung: Unternehmen ermöglichen und verbessern die Vereinbarkeit von Betreuungspflichten und Erwerbsarbeit mit entsprechenden Massnahmen wie zum Beispiel Arbeitszeitmodellen, Elternzeit, vorgeburtlichem Mutterschaftsurlaub, Teilzeitstellen und Finanzierung von Kita-Plätzen.
- Soziale Verantwortung: Unternehmen nehmen ihre soziale Verantwortung in allen unternehmerischen Bereichen wahr. Dazu gehören insbesondere eine aktive Teilnahme an der Arbeitsmarktintegration für Menschen mit Behinderungen sowie für Flüchtlinge. Ausserdem sollen sie bei der Besetzung von Stellen auch der sozialen Vielfalt Rechnung tragen.
- Bildung und Ausbildung, lebenslanges Lernen: Unternehmen unterstützen ihre Angestellten bei der Weiterbildung und ermöglichen ihnen damit soziale Beweglichkeit und Entwicklung. Dabei ermöglichen sie auch alternative Bildungswege.
- Ökologische Verantwortung mit einer Transformation zur Kreislaufwirtschaft: Unternehmen setzen in ihren Prozessen konsequent auf tiefen Ressourcenverbrauch, auf Recycling und auf geschlossene Produktionskreisläufe.

4 Die Rollen der Stadt Bern

Im wirtschaftlichen Kontext hat die Stadt je nach Perspektive unterschiedliche Rollen.

4.1 Die Stadt Bern als politische Institution

Sie

- schafft Rahmenbedingungen für vielfältiges Wirtschaftsleben.
- erlässt die Bauordnung
- verantwortet das Bewilligungswesen und sorgt dafür, dass Planungsmehrwerte abgeschöpft und zugunsten sozial relevanter Projekte für die Bevölkerung eingesetzt werden.
- setzt zusammen mit dem Kanton die Rahmenbedingungen für die Mobilität.
- sorgt zusammen mit dem Kanton für Bildungs- und Weiterbildungsangebote für alle.
- garantiert Angebote der sozialen Sicherheit.

Weiter verfügt die Stadt mit dem Wirtschaftsamt und der regionalen Wirtschaftsförderung über Institutionen und Instrumente, um Einfluss auf die wirtschaftliche Ausrichtung von Unternehmen zu nehmen.

4.2 Die Stadt Bern als Wirtschaftssubjekt

Die Stadt ist nicht nur eine administrative Körperschaft, sondern auch ein wirtschaftliches Subjekt, das über verschiedene Kanäle handelt. Sie ist zum Beispiel eine wichtige Akteurin im Immobilienmarkt. Sie ist direkt für rund 4'000 Beschäftigte (Lohnsumme mehr als CHF 300 Mio.) sowie für rund 6'000 Rentner:innen (Renten mehr als CHF 100 Mio.) verantwortlich. Zudem ist sie via ihre Anstalten (ewb, bernmobil), Beteiligungen (ARA) und Leistungsverträge für weitere rund 1500 Personen zuständig. Mit diesem Einkommen ist eine erhebliche Kaufkraft verbunden, die teilweise in der Stadt zurück in den Wirtschaftskreislauf fliesst. Löhne und Arbeitsbedingungen der Stadt haben zudem mehr oder weniger direkten Einfluss auf die Verhältnisse auf dem regionalen Arbeitsmarkt in den verschiedensten Branchen.

Mit ihren Investitionen und Beschaffungen leistet die Stadt einen wichtigen Beitrag an die wirtschaftlichen Aktivitäten in der Region. Die jährlichen Investitionen betragen mehr als CHF 150 Mio. für den ordentlichen Haushalt. Dazu kommen die Investitionen der städtischen Anstalten ewb und Bernmobil sowie erhebliche Konsumausgaben.

Um die Ziele des sozial-ökologischen Umbaus der Wirtschaft aktiv voranzutreiben und eine grössere Unabhängigkeit von der Privatwirtschaft zu erlangen, muss die Stadt Bern vor allem aber nicht nur im Bereich des Service public vermehrt eigene städtische Unternehmen und Anstalten einsetzen, anstatt Outsourcing zu betreiben oder den ganzen Markt privaten Firmen ohne demokratische Kontrolle zu überlassen. Die städtischen Unternehmen und Anstalten müssen zudem ihre Produktionskreisläufe schliessen und der partizipativen und demokratischen Kontrolle der Arbeiter:innen und der Stadtbevölkerung unterstellt werden.

5 Sektoren, Branchen und ihre Bedürfnisse

Die Stadt Bern nimmt Einfluss auf verschiedene Sektoren und Branchen und gestaltet damit die Wirtschaft im Raum Bern mit.

5.1 Industrie und Gewerbe

Die Stadt stellt mit ihrer räumlichen Grundordnung sicher, dass sich Industrie und Gewerbe in der Stadt halten und entwickeln können. Dazu gehört auch ein Umfeld, das Startups günstig gesinnt ist. Sie stellt im Zonenplan die notwendigen Flächen zur Verfügung. Im Sinne der räumlichen Verdichtung unterstützt sie die Schaffung von Gewerbeparks. Sie ermöglicht eine bessere Durchmischung der verschiedenen Nutzungen.

5.2 Handel und Logistik

Die Stadt unterstützt flexible Ladenöffnungszeiten nur dann, wenn sich die Sozialpartner:innen auf Eckwerte und einen GAV mit Mindestlöhnen verständigen können. Sie unterstützt Bemühungen, den Lieferverkehr zu erleichtern. Dies unter anderem mit verkehrstechnischen Massnahmen und einem Konzept für die Stadtlogistik.

5.3 Bauwirtschaft

Die Unternehmen im Bauhaupt- und Baunebengewerbe sind Nutzniessende der städtischen Investitions- und Sanierungspolitik. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen achtet die Stadt darauf, lokalen Unternehmen, die arbeitsrechtliche und ökologische Standards (z.B. Lohngleichheit und Gesamtarbeitsverträge) einhalten, den Zuschlag zu erteilen, wenn es beschaffungsrechtlich möglich ist. Die Unternehmen erledigen Aufträge selbst und geben sie nicht an Subunternehmen weiter. Im Sinne der ökologischen Wende bezieht die Stadt Bern bei Bauprojekten bestehende Baustrukturen mit ein und genehmigt Abrisse und Ersatzneubauten nur in Ausnahmefällen.

5.4 Gastronomie und Tourismus

Die Stadt erhält und schafft öffentliche und private Räume für Kultur und Gastronomie. Sie setzt sich aktiv für den Erhalt eines vielfältigen Stadtlebens ein und ist so auch für einen sanften und nachhaltigen Tourismus attraktiv. Mit Investitionen in den Eventbereich (bspw. Bern Expo) ist die Stadt ein interessanter Standort für den Geschäfts- und Kongresstourismus. Gleichzeitig schützt sie den öffentlichen Raum vor übermässiger privater Nutzung und steuert Plattformangebote wie Airbnb und Co.

5.5 Kreativwirtschaft

In der vielfältigen, aber stark zersplitterten Kultur- und Kreativwirtschaft existieren sowohl grosse wie auch kleine Betriebe als auch viele Selbstständige, welche oft unter prekären Bedingungen arbeiten. Die Stadt stellt die nötigen Rahmenbedingungen für kulturelles Schaffen zur Verfügung und setzt sich für die soziale Absicherung der Kulturschaffenden ein.

5.6 Öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit und Infrastruktur

Die Stadt Bern ist Sitz zahlreicher öffentlicher Institutionen und Unternehmen. Viele ihrer Beschäftigten wohnen in der Stadt Bern. Auf die konkrete Ausgestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben die Behörden der Stadt Bern kaum Einfluss. Wo immer aber die Interessen der öffentlich Beschäftigten in der Stadt Bern tangiert werden, hat die Stadt ihren Einfluss für gute Löhne und Arbeitsbedingungen geltend zu machen.

6 Unsere wirtschaftspolitischen Schwerpunkte

Folgende Punkte will die SP Stadt Bern in Bezug auf die Wirtschaft von Stadt (und Region) Bern besonders vorantreiben.

1. Die Stadt Bern gewährleistet existenzsichernde Löhne

In der Stadt Bern gilt für alle wirtschaftlichen Tätigkeiten, die entlohnt werden, ein existenzsichernder Mindestlohn.

2. Die Stadt Bern unterstützt den Umbau zur Kreislaufwirtschaft

Sie stellt ihre Organisationen und Unternehmen wo immer möglich bis 2035 auf Kreislaufwirtschaft um und unterstützt private Unternehmen bei diesem Unterfangen.

3. Die Stadt nutzt ihren Spielraum beim öffentlichen Beschaffungswesen

Sie fördert soziale und ökologische Unternehmen durch entsprechende Vorgaben (bspw. ISO-Zertifizierungen) und wirkt bei Beschaffungen der geplanten Obsoleszenz entgegen (bspw. Aufrüstung statt Neukauf, Verlängerung von Lebenszyklen sofern möglich etc.).

4. Die Stadt Bern stärkt ihren Service public

Die Stadt stellt die notwendigen Mittel zur Verfügung, um einen hochwertigen Service public für alle zu garantieren. Sie trifft Massnahmen, um die finanzielle Belastung durch die Nutzung des Service public für finanziell Schwache zu mindern. Ausserdem wirkt sie dem Outsourcing des Service public entgegen, indem sie, wo sinnvoll, auf eigene Unternehmen und Anstalten für diesen einsetzt.

5. Die Stadt Bern bleibt eine soziale und fortschrittliche Arbeitgeberin

Löhne, Renten und Anstellungsbedingungen der städtischen Angestellten sind vorbildlich. Auf die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Betreuungspflichten wird grosses Gewicht gelegt. Die Stadt verbessert die Arbeitsbedingungen ihrer Angestellten gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Personalverbänden fortlaufend und bemüht sich, den Organisationsgrad unter ihren Angestellten zu erhöhen.

6. Die Stadt Bern investiert

Sie schafft mit Investitionen durch ihre Organisationen und Unternehmen Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Einkommen. Sie ist aktiv im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau.

7. Die Stadt Bern optimiert ihre Projekte

Mit standardisierten Verfahren, Bauten und Synergien sorgt die Stadt für einen sorgfältigen Umgang mit den vorhandenen Ressourcen.

8. Die Stadt Bern betreibt eine aktive Wirtschaftspolitik

Die Stadt Bern hat klare Vorstellungen, welche Branchen und welche wirtschaftlichen Entwicklungen sie vorantreiben möchte. Die entsprechende Strategie wird durch das Wirtschaftsamt umgesetzt. Es fördert die Kooperationen unter den Unternehmen und unterstützt alternative Wirtschaftsformen. So fördert die Stadt egalitäre und demokratische Wirtschaftsstrukturen und Projekte mit kostenlosem Angebot und begünstigt diese insbesondere bei räumlichen Fragen und Zwischennutzungen.

9. Die Stadt Bern treibt das Konzept „Stadt der kurzen Wege“ weiter voran

Die Stadt Bern hat ein Mobilitätskonzept, das die Zahl der gefahrenen Auto-Kilometer reduziert, mit dem Ziel, den Ausstoss von Umweltgasen zu verringern und so den ökologischen Fussabdruck zu verkleinern. Dem Wirtschaftsverkehr kommt im Mobilitätskonzept eine besondere Rolle zu. Wirtschaftlich notwendiger Transport und ökologisches Verhalten sind aufeinander abzustimmen.

7 Anhang – Daten zur Berner Wirtschaft

Die Stadt Bern umfasst mit ihrer Agglomeration rund 422'000 Menschen. Mehr als 143'000 davon wohnen in der Kernstadt. Die Stadt Bern verfügt über rund 188'000 Arbeitsplätze, weshalb es morgens und abends zu grossen Pendler:innenbewegungen kommt (die Stadt atmet im Tag-/Nachtrhythmus).

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Stadt und Region Bern ist gross. Im inner-schweizerischen Vergleich landet sie in der Spitzengruppe. Das BIP pro Person erreicht 2017 knapp 120 000 Franken und ist damit das dritthöchste aller Schweizer Regionen. Die bernische Wirtschaft zeichnet sich aber auch durch eine hohe Arbeitsplatzsicherheit (dank öffentlicher Beschäftigung) und relativ tiefen Steuereinnahmen durch juristische Personen (wegen steuerbefreiter öffentlicher Körperschaften) aus.

Es besteht im Rahmen der Regionalkonferenz eine gewisse Zusammenarbeit mit den Gemeinden rund um Bern. Aufgrund ihrer institutionellen Unabhängigkeit gibt es aber auch immer wieder Konkurrenzsituationen. Eine engere Verbindung (Fusion) ist für die umliegenden Gemeinden keine Option, da sie tendenziell finanziell stark genug sind und/oder politisch auf ihre Unabhängigkeit pochen.

Die Zusammensetzung der Beschäftigung nach wirtschaftlichen Sektoren ist sehr ungleichmässig. Im Agrarbereich (1. Sektor) sind noch etwa 300 Menschen beschäftigt – zum grössten Teil im ländlichen Westen der Stadt.

Rund 15'000 Menschen sind in privaten und öffentlichen Betrieben der Industrie und des produzierenden Gewerbes (2. Sektor) tätig. Der Anteil der eigentlichen Industriebetriebe ist seit den 1990er Jahren stark rückläufig, da zahlreiche Unternehmen ihre Tätigkeit in der Stadt Bern eingestellt oder ausgelagert haben. Viele Unternehmen mit rund 6'500 Mitarbeitenden sind im Bauhaupt- und Baunebengewerbe aktiv. Sie sind unter anderem für Entwicklung, Bau und Unterhalt der Stadt zuständig. Aus ökologischen Gründen (Stadt der kurzen Wege) ist es sinnvoll und richtig, dass sich diese Unternehmen in der Stadt bzw. in unmittelbarer Nähe befinden.

Der weitaus grösste Teil der Beschäftigten in der Stadt Bern arbeitet im Dienstleistungsbereich (3. Sektor), der ein weites Feld von schlecht bezahlten und oft prekären Arbeitsverhältnissen bis hin zu hochqualifizierten Tätigkeiten im privaten und öffentlichen Bereich umfasst. Zu den Branchen mit tiefen Löhnen, die zahlenmässig ins Gewicht fallen, gehören die Gastronomie und die Hotellerie (8'500 Beschäftigte), der Detailhandel (9'000), Liegenschaftsdienste und Reinigungswesen (3'500), die privaten Wachdienste (1'100) sowie die persönlichen Dienstleistungen (2'000). Viele dieser Arbeiten werden von Frauen ausgeführt. Zudem arbeiten überdurchschnittlich viele Personen mit Migrationshintergrund in diesen Arbeitsverhältnissen, aber beispielsweise auch Studierende, die eine Ausbildung an den verschiedenen Bildungseinrichtungen in Bern absolvieren. Daneben existieren spezialisierte Branchen wie Banken und Versicherungen (10'000), Architektur (5'700), Informatik (4'500) und Recht (3'500) sowie ein erheblicher Anteil von Beschäftigten, die sich im Bereich der Kreativwirtschaft (schwer zu erheben, weil andere statistische Basis als die anderen Zahlen) bewegen.

Eine Besonderheit der Stadt Bern ist, dass ein erheblicher Teil der erwerbstätigen Menschen einen öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber hat (24'000), bzw. einen Arbeitgeber, der ganz oder teilweise im Besitz der öffentlichen Hand ist. Zur ersten Kategorie gehören die Beschäftigten von Bund, Kanton und Gemeinde sowie der Grossteil des Personals im Bildungsbereich (15'000), zur zweiten Kategorie, die in Betrieben des Service public angestellten Personen (7'000). Das Gesundheitswesen hat eine geteilte Eigentümerschaft: Die Inselgruppe ist eine kantonale Stiftung, während die anderen Spitäler einer privaten Stiftung bzw. privaten Eigentümern gehören. Insgesamt sind im Gesundheitswesen 22'000

Menschen tätig. Dazu kommen etwa 8'000 Beschäftigte in verschiedenen stationären und ambulanten sozialen Einrichtungen (Heime/Spitex). Keine andere Stadt hat einen ähnlich hohen Anteil an Beschäftigten im öffentlichen Sektor.²

8 Glossar

Care-Arbeit bezeichnet Tätigkeiten der Fürsorge, des Pflagens und des Sich-um-jemanden-Kümmerns. Care-Arbeit umfasst bezahlte und unbezahlte Arbeit. Unter Care-Arbeit fällt beispielsweise Kinderbetreuung, -erziehung oder Altenpflege, es werden aber auch familiäre Unterstützung, häusliche Pflege und freundschaftliche Hilfen darunter verstanden. Der Ausdruck „care work“ entstand in den 1990er Jahren im englischen Sprachraum. Unbezahlte Hausarbeit wurde als gesellschaftlich notwendige und zumeist von Frauen geleistete Arbeit sichtbar gemacht.

Kreislaufwirtschaft ist ein System, in dem Ressourceneinsatz und Abfallproduktion, Emissionen und Energieverschwendung durch das Verlangsamen, Verringern und Schliessen von Energie- und Materialkreisläufen minimiert werden; dies kann durch langlebige Konstruktion, Instandhaltung, Reparatur, Wiederverwendung und Recycling erzielt werden. Das Recycling ist dabei zumeist das Mittel letzter Wahl.

Neoliberalismus steht für eine bürgerliche Wirtschaftspolitik und Weltanschauung mit folgenden Merkmalen: Produktion in privater Hand, Intensivierung des Wettbewerbs durch Deregulierung, Durchsetzung des Freihandels und der Finanzglobalisierung, Limitierung der Verschuldung sowie Verringerung der Rolle des Staates durch Privatisierung und Reduktion der Bürokratie, Sozialstaatsabbau. Damit verbunden ist eine Schwächung der sozialen Gerechtigkeit, des Service public und der demokratischen Politikgestaltung.

Sozialpartnerschaft bezeichnet das kooperative Verhältnis der Sozialpartner:innen, der Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen-Verbände, mit dem Ziel, Interessengegensätze durch Konsenspolitik zu lösen und offene Konflikte einzudämmen.

Ökosozialer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft bezeichnet die Notwendigkeit, die gesellschaftliche Transformation gleichzeitig auf der ökologischen und der sozialen Ebene voranzutreiben. Im Grundsatz sagt der ökosoziale Umbau, dass für die notwendigen ökologischen Anpassungen, wie die Abkehr von Kohle und Erdöl, die sozialen Aspekte wie Einkommensklassen nicht ignoriert werden und die Menschen mitgenommen werden müssen.

Plattformökonomie bezeichnet eine neue digitale Wirtschaftsordnung, in der Plattformen wie Uber oder Airbnb als Bindeglied Angebot und Nachfrage am Markt zusammenführen. Sie kontrollieren den Zugang zu Gütern und die Prozesse des jeweiligen Geschäftsmodells. Unternehmen der Plattformökonomie stellen sich auf den Standpunkt, dass sie keine Funktionen als Arbeitgeber:innen übernehmen und deshalb weder fürsorge- noch sozialversicherungspflichtig sind. Dies widerlegen jedoch gerichtliche Urteile bspw. gegenüber Uber.

Geplante Obsoleszenz bedeutet das vorzeitige Verschleissen von Produkten mit dem Ziel, die Nachfrage aufrechtzuerhalten.

Social Entrepreneurship bezeichnet eine unternehmerische Tätigkeit, die sich innovativ, pragmatisch und langfristig für die Lösung sozialer Probleme einsetzen will. Gebiete, auf denen sich ein:e Social

² Quellen zur städtischen Wirtschaft (und Umgebung):

- Jahrbücher von AUSTA Stadt Bern. Darin besonders die Kapitel 3 bis 9: <https://www.bern.ch/themen/stadt-recht-und-politik/bern-in-zahlen/publikationen>
- Jahresberichte von Bernmobil, ewb und anderen Anstalten der Stadt bzw. Organisationen mit Leistungsvertrag.
- Berichte des Wirtschaftsraums Bern: [https://www.wirtschaftsraum.bern.ch/de/wir-
unterstuetzen/bericht-wirtschaftsmonitoring/](https://www.wirtschaftsraum.bern.ch/de/wir-unterstuetzen/bericht-wirtschaftsmonitoring/) meistens erstellt von BAK Basel

Entrepreneur:in engagiert, sind zum Beispiel Bildung, Umweltschutz, Arbeitsplatzschaffung für Menschen mit Behinderungen, Armutsbekämpfung oder Menschenrechte. Der Profitgedanke steht für Social Entrepreneurs im Hintergrund, weshalb viele dieser Unternehmer:innen in Non-Profit-Organisationen organisiert sind.